

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Tobias Dillmann
Am Schlosspark 2
63505 Langenselbold

Langenselbold, den 7. Dezember 2020

Die SPD-Fraktion stellt zum vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 16 den nachfolgenden Änderungsantrag

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der nachfolgende Resolutionstext wird in der vorliegenden Form beschlossen.
2. Die Resolution richtet sich an die in Verantwortung stehenden Agrarministerinnen Julia Klöckner für den Bund und Priska Hinz für das Land Hessen.

Resolution Landwirtschaft

1. Respekt, Anerkennung und Wertschätzung für die Langenselbolder Landwirtschaft

Die Langenselbolder Landwirtschaft ist systemrelevant. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold erkennt ihre gesellschaftliche Bedeutung für ihre umfangreiche tägliche Arbeit an. Gleichzeitig ist es von besonderer Bedeutung, unter welchen sozialen Bedingungen auf allen Ebenen die Erzeugung von Lebensmitteln geschieht. Hierzu gehört die ganze Wertschöpfungskette von den Landwirtschaftsfamilien über Weiterverarbeitung und Handel bis zu den Rechten und Entscheidungsmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Aus diesem Grund wird das Kultusministerium des Landes Hessen aufgefordert, die Themengebiete Landwirtschaft und gesunde Ernährung zukünftig stärker in den hessischen Lehrplan zu verankern. Ziel ist es, in der Schule ein realistisches Bild vom vielfältigen und fordernden Berufsalltag eines Landwirts, dessen Rolle für die Gesellschaft und Umwelt sowie die Bedeutung hochwertiger und gesunder Lebensmittel zu vermitteln.

2. Qualität zum angemessenen Preis

Die in der Region produzierten Lebensmittel, wie Fleisch, Milch, Käse und Getreide haben einen hohen Qualitätsstandard und dürfen keine teuren Luxusprodukte werden. Gleichzeitig müssen selbst die landwirtschaftlichen Betriebe in Langenselbold vor global agierenden Konzernen und den derzeit unkontrollierbaren Preisentwicklungen und unfairen Handelspraktiken geschützt werden. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold fordert Bundesagrarministerin Klöckner auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit besonders familiengeführte Betriebe nicht weiter in der Entwicklung abgehängt werden und zum Schutz des Wettbewerbs vor Kartellbildungen eine verstärkte Kontrolle der Marktbeherrschenden Lebensmittelkonzernen (z.B.

Seite 1 von 3

Nestlé) durchzuführen. Die Langenselbolder kleinstrukturierte Landwirtschaft im Haupt- und Nebenerwerb gilt es zu erhalten und vor der Marktmacht der Agrar- und Lebensmittelkonzernen nach Kräften zu schützen. Aus diesem Grund fordern wir die Bundesregierung auf, Freihandels- und Konklusionsabkommen wie z.B. Mercosur abzulehnen. Es muss verhindert werden, dass importierte Agrargüter europäische Mindeststandards bei der Erzeugung von Lebensmitteln unterlaufen. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold sieht hier besonders das Land Hessen in der Verantwortung, nationale Strategiepläne auszugestalten.

3. Fairer Wettbewerb und klare Strukturen

Die Proteste der Landwirte in 2020 machen deutlich, dass der Gesellschaftsvertrag in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung verloren hat. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold fordert die Bundes- und Landesregierung auf, die Proteste von der Straße wieder an den Tisch zu holen. Ziel all dieser Bemühungen muss es sein, von dem Gesellschaftsvertrag zu einem krisenfesten Zukunftskonzept zu gelangen. Deshalb gilt es die Entwicklung smarterer Programme (auch mit Hilfe der Digitalisierung) zu fördern, um die Landwirtschaft bei der Bearbeitung von Formularen und notwendigen bürokratischen Prozessen wesentlich zu entlasten. Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Langenselbold aufgefordert, mit gutem Beispiel voran zu gehen und weiterhin das Gespräch mit den heimischen Landwirten zu führen.

4. Wir benötigen dringend eine Agrar-Reform für eine gesellschaftliche Neuausrichtung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold steht hinter einer Agrarreform, die eine Verbesserung für Gesellschaft, Verbraucher, Landwirte, Nutztiere und Umwelt mit sich bringt. Aus diesem Grund fordern wir politische Entscheidungen und langfristige Reformen mit Planungssicherheit für die Landwirtschaft auf Basis von realistischen und empirisch nachvollziehbaren Daten zu treffen. Zugleich müssen Landwirte dabei stärker unterstützt werden, Neuregelungen (z.B. die Düngeverordnung) umzusetzen, etwa durch Investitionsprogramme oder staatliche, freie digitale Plattformen zur Steigerung der Effizienz (z.B. um es den Landwirten zu ermöglichen, anhand von Boden-, Wetter- und Satellitendaten passgenau und pflanzengerecht zu düngen).

5. Zielorientierte Politik für Landwirte

bleibt

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold fordert eine Landwirtschaftspolitik mit klaren Perspektiven, Projekten und einer langfristigen Planbarkeit für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Ziel ist es den landwirtschaftlichen Betrieben eine Chance zu eröffnen, den unaufhaltsamen Strukturwandel in der Landwirtschaft aktiv und betriebsverträglich gestalten zu können. Die gemeinsamen Beratungen und Fachgespräche zwischen den staatlichen Institutionen und den Vertretern der landwirtschaftlichen Interessensgruppen (wie etwa dem Bauernverband oder LSV) sind zielorientiert, konstruktiv und auf Augenhöhe zu führen. Die Verteilung einer „Bauern-Milliarde“ oder anderer Finanzhilfen nach dem Gießkannen-Prinzip sind keine Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft. Dabei stellt die Modernisierung der Landtechnik einen in den kommenden Jahren besonders förderungswürdigen Teilbereich da, um stetig effizient sowie umwelt- und bodenschonend wirtschaften zu können.

6. Schutz der landwirtschaftlichen Betriebe in Langenselbold

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold stellt fest, dass die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb in den letzten Jahrzehnten in Langenselbold stark gesunken ist, während die Einwohnerzahl kontinuierlich gestiegen ist und noch weiter steigen wird. Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft muss für uns deshalb auch bedeuten, dass bestehende Betriebe und deren benötigte Infrastruktur (wie etwa nahegelegene Schlachthöfe und Mühlen) erhalten bleiben. Bei der Ausweisung neuer Industrie- und Wohngebiete in Langenselbold ist deshalb darauf zu achten, den Entzug von Ackerflächen oder

deren Nutzungseinschränkungen finanziell auszugleichen. Die betrieblich genutzten Flächen sollten bereits aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen in Betriebsnähe liegen.

7. Klare Worte und klare Linie – Langenselbold mit gutem Beispiel voraus

Abschließend sind Politik, Verbraucher, Umweltschutzverbände und Landwirtschaft aufgefordert, eine Debatte darüber zu führen, was man eigentlich unter „Mehr Respekt für die Landwirtschaft“ versteht. Deshalb bittet die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold den Magistrat darum, das Gespräch mit den heimischen Landwirten weiterhin zu suchen und eine öffentliche Debatte anzustoßen.

SPD-Fraktion

Peter Volk


